

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

45. Internationale Arbeitskonferenz

Die große Debatte über den Bericht des Generaldirektors zum Thema „Die Arbeitsbeziehungen — Gegenwartsprobleme und Zukunftsaussichten“ (siehe *Gewerkschaftliche Monatshefte* Juli 1961, S. 393), an der 205 Redner teilnahmen, erlaubte gewissermaßen eine weltweite Bestandsaufnahme der verschiedenen, oft gegensätzlichen sozialpolitischen Konzeptionen.

Doch fassen wir zuerst kurz die wichtigsten Ergebnisse der Konferenz zusammen, die von *M. A. Raschid*, dem Minister für Industrie, Bergbau und Arbeit Burmas, mit großem Geschick präsiert wurde.

Nach der Aufnahme von Kuwait, Mauretanien und Sierra Leone zählt die Internationale Arbeitsorganisation jetzt hundert Mitgliedstaaten. Die Konferenz nahm eine Empfehlung über den Bau von Arbeiterwohnungen und eine Entschließung über die internationale Aktion zur Lösung dieses Problems an. Sie billigte ferner den Vorentwurf einer Empfehlung über die Berufsausbildung und den Vorentwurf einer entsprechenden Konvention, wie auch den Vorentwurf einer Empfehlung über die gleiche Behandlung von Staatsangehörigen und Ausländern auf dem Gebiet der Sozialversicherung.

Die praktische Tätigkeit der IAO zugunsten des wirtschaftlichen Aufschwunges und des sozialen Fortschrittes der Entwicklungsländer wurde eingehend erörtert. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurden die Grundzüge für eine weitere Verstärkung dieser Tätigkeit festgelegt.

Das Budget der IAO für das Jahr 1962, das Ausgaben in der Höhe von 11 115 438 Dollar vorsieht, wurde genehmigt.

Im Verlauf der Tagung wurde das *Internationale Institut für soziale Studien*, zu dessen Direktor der Australier *Sir Douglas Copland* berufen wurde, feierlich eröffnet. Der erste Kurs mit 30 Teilnehmern wird im Herbst 1962 beginnen. Das Institut setzt sich zum Ziel, die Anpassung der gesellschaftlichen Strukturen an die sich rasch wandelnden technischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu erleichtern, wobei seine Aufmerksamkeit in erster Linie den Entwicklungsländern gilt. Da die Kursteilnehmer gereifte und erfahrene Persönlichkeiten im Alter von 40 bis 50 Jahren sein werden, welche die verschiedenen Tätigkeitsgebiete wie auch die geographischen Regionen in möglichst ausgeglichener Weise vertreten sollen, sind günstige Voraussetzungen dafür vorhanden, daß die großen Probleme unserer Zeit von einer neuen Seite her ange-

gangen werden können. *D. A. Morse* sagte denn auch bei der Eröffnung, die Bedeutung des Institutes stehe möglicherweise derjenigen der Internationalen Arbeitsorganisation nicht nach.

Die allgemeine Debatte über die „Arbeitsbeziehungen“ bot den kommunistischen Delegierten — sei es in ihrer Eigenschaft als Regierungs-, „Unternehmer“- oder Gewerkschaftsvertreter — Gelegenheit, ihr propagandistisches Feuerwerk zu entfalten. Der Westen ist solchen Übungen aus zwei Gründen nicht ganz gewachsen: Erstens sind die meisten westlichen Delegierten ehrlich genug, um offen von ihren Schwierigkeiten und Problemen zu sprechen (was ja schließlich auch der Zweck der Konferenz ist!), ganz abgesehen davon, daß auch die Ausübung der Presse- und Meinungsfreiheit im Westen den Kommunisten immer wieder Stoff für ihre Angriffe liefert. Umgekehrt aber sucht man in den Reden der sowjetischen Delegierten vergeblich nach irgendeiner Andeutung, daß es auch in ihrem Bereich noch ungelöste Probleme geben könnte. Dort gibt es ganz einfach keine Konflikte, weil solche in der Theorie nicht vorgesehen sind. Und zweitens hielten sich die westlichen Sprecher im allgemeinen gewissenhaft im Rahmen des Aufgabenbereiches der IAO, der die Erörterung politischer Themen ausschließt. Jedoch ergreifen die kommunistischen Delegierten krampfhaft jede auch nur halbwegs günstige Gelegenheit, um ihre gerade gültigen politischen Thesen an den Mann zu bringen. Um so geringer ist ihr Bedürfnis, sich ernsthaft in die verschiedenen Sachgebiete einzuarbeiten.

Die kommunistische Taktik enthält zweifellos Elemente, die ihren Eindruck auf Länder, die noch vor kurzem unter fremder Herrschaft standen, nicht verfehlen. Der wortreiche Kampf gegen den Kolonialismus (der andern!) und seine Überbleibsel wird unermüdlich abgewandelt. Aber die Wirkung dieser Propaganda wird wesentlich abgeschwächt, wenn nicht sogar aufgehoben durch die verblüffende Unfähigkeit der Kommunisten, die Wandlungen des „Kapitalismus“ auch nur zur Kenntnis zu nehmen.

Zu dieser Haltung hinzu kommt das oft nur schlecht verhüllte und ebenso rückschrittliche Bestreben, die Handlungsfähigkeit der internationalen Organisationen zu lähmen, handle es sich nun um Budgetfragen oder die sture Durchsetzung des „Troika“-Prinzips auf allen Stufen und bei allen Gelegenheiten. In diesem Punkte aber stoßen sie auf den Widerstand der jungen Staaten, die zwar mit Nachdruck (und mit Recht) eine angemessene Vertretung in den leitenden Organen der internationalen Institutionen verlangen, in ihnen aber einen wesentlichen Rückhalt für ihre Unabhängigkeit und zudem eine Quelle unentbehrlicher praktischer Hilfe erblicken. Hier

befindet sich die Achillesferse der kommunistischen Taktik.

Die Welt und damit auch die Internationale Arbeitsorganisation ist einer unerhörten Zerreißprobe ausgesetzt. Wie kann sie erfolgreich bestanden werden? Wie kann die Internationale Arbeitsorganisation angesichts dieser Gegensätze, die in nächster Zeit kaum eine Abschwächung erfahren dürften, dennoch nützliche Arbeit leisten? Generaldirektor *David A. Morse* gab in seiner Rede, welche die allgemeine Debatte abschloß, folgende Antwort: „Es ist zukünftig offenkundig, daß es kaum noch aktuelle soziale Fragen gibt, die durch einfache Anwendung allgemeiner Grundsätze verstanden oder gelöst werden können... Eine internationale Organisation hat meiner Ansicht nach die Befugnis und die Pflicht, sich abseits der Ideologien zu halten, mit Sorgfalt die Lage jedes Landes zu studieren, sie zu verstehen und nicht zu versuchen, fertige Doktrinen oder Formeln aufzuzwingen.“

Das bedeutet, daß die Organisation versuchen muß, neuen Zugang zur Lösung der Probleme zu finden, indem sie von der unvoreingenommenen Untersuchung der tatsächlichen Verhältnisse in den einzelnen Ländern ausgeht; Lösungen, die zu wirtschaftlichen und sozialen Systemen führen können, die heute noch keinen Namen haben, die weder „kapitalistisch“ noch „sozialistisch“ sind oder doch diese in der westlichen Industriegesellschaft gewachsenen Begriffe mit einem völlig neuen Inhalt erfüllen.

„Die Ziele der IAO — Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeitenden überall auf der Welt in einem Klima der Freiheit und Würde — wurden von Ihnen allen in dieser so vielgestaltigen Versammlung von Ländern, welche die Verfassung der Organisation angenommen haben, ausdrücklich gebilligt“, sagte *Morse*: „Unsere wirkliche Aufgabe besteht nicht darin, mit diesen Zielen herumzufuchteln, sie zu Parteischlagworten zu machen, sondern sich vielmehr anzustrengen, zu verstehen, wie wir in jeder Phase der Geschichte, in der Lage jedes Volkes, am besten vorgehen können, um sie zu erreichen.“ Diese außerordentlich schwierige Aufgabe kann nur von einer internationalen Organisation bewältigt werden, deren Mitarbeiter nicht irgendwelchen Sonderinteressen dienen, sondern der Organisation: „Die moderne Auffassung einer internationalen Behörde, die ihre eigene Verantwortung und ihre eigenen Ansichten besitzt, ist zweifellos eine der wichtigsten und wertvollsten neuen Tatsachen, die uns dieses Jahrhundert auf dem Gebiet internationaler Einrichtungen beschert hat.“

Wenn irgendeine Aussicht besteht, den Zusammenhalt einer Welt zu festigen, deren Widersprüche ebenso groß sind wie die Notwendigkeit zur Zusammenarbeit, so führt diese universalistische Konzeption zum Ziel.

Bruno Kuster, Genf

Der Grundstein für eine euro-afrikanische Kooperation

Die Konferenz afrikanischer, madegassischer und europäischer Parlamentarier, die auf Initiative des Europäischen Parlaments vom 19. bis 24. Juni 1961 in Straßburg zusammentrat, bot dem Beobachter ein durchaus positiv zu wertendes Schauspiel, das eine neue Phase in den Beziehungen zwischen Afrika und Europa, zwischen ehemaligen Kolonien und ehemaligen Kolonialherren einleitete. Die Tatsache, daß der Vertrag über die EWG hinsichtlich seines Durchführungsabkommens zu Art. 131 bis 136 (Assoziierung überseeischer Länder und Hoheitsgebiete) Ende 1962 ausläuft, die Tatsache ferner, daß der überwiegende Teil dieser Gebiete heute aus unabhängigen Staaten besteht, verlangte eine generelle Überprüfung jenes Anlehungsverhältnisses, Assoziierung genannt, das ausdrücklich zum Vorteil der Überseegebiete abgeschlossen worden war, wenn schon der Wunsch vor allem Frankreichs, politischen Einfluß zu behalten, nicht übersehen werden kann.

Das Überraschende am Ergebnis in Straßburg war sicherlich das Bekenntnis Afrikas zum Grundsatz der Assoziierung, zu einer Maßnahme also, die seinerzeit über seinen Kopf hinweg ergriffen wurde und die in der Zwischenzeit oft genug als Neokolonialismus diskreditiert worden war. Wenn man das Resultat der Parlamentarierkonferenz in einem Satz zusammenfassen will, so muß man sagen: Das Assoziierungsverhältnis wird mit gewissen Änderungen, die den neuen politischen Gegebenheiten Rechnung tragen, fortgesetzt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß diese Konferenz, wie ja auch das Europäische Parlament, keine legislative Gewalt hat, daß ihre Empfehlungen also nur Arbeitsgrundlage für die jeweiligen nationalen Regierungen, die europäischen wie die afrikanischen, sein können. An ihnen liegt es letzten Endes, wie die Assoziierung in der Zukunft aussehen wird.

Wenn man es unternimmt, Verlauf und Ergebnis der Konferenz im einzelnen zu analysieren, so können auf europäischer wie auf afrikanischer Seite Merkmale festgestellt werden, die auf eine Hinwendung vom Emotional-Ideologischen zum Sachlich-Nüchternen deuten, wenn auch großartige Worte gelegentlich nicht fehlten.

Gemeinsame afrikanische Stellungnahmen

Die Notwendigkeit und der Wunsch, sich mit einer möglichst klaren Konzeption nach Straßburg zu begeben, hatte die Afrikaner veranlaßt, sich nach den Vorbereitungs-

renzen von Rom und Bonn und nach Erhalt der fünf von europäischer Seite ausgearbeiteten Arbeitsdokumente vom 5. bis 7. Juni in Ouagadougou (Übervolta) zusammenzufinden, um in fünf eigenen Dokumenten Stellung zu beziehen. Diese Dokumente zeichneten sich durch Klarheit und Wohlabgewogenheit aus, sie waren das Ergebnis einer innerafrikanischen Abklärung und Selbstbesinnung, die die Vorstellung aufkommen ließ, die Einigkeit Afrikas werde über den Weg der Zusammenarbeit mit Europa noch am ehesten erreicht.

Die Vorwürfe, die man nicht zuletzt aus europäischer Überheblichkeit heraus lange Zeit gegen die Vertreter der jungen Staaten erhoben hatte, daß sie nämlich maß- und ziellose Forderungen nach Geld stellten, ohne sich über dessen Verwendung klare Vorstellungen machen zu können, sind heute mehr denn je ungerechtfertigt. In Straßburg zeigte sich, wie weitgehend die Übernahme der Selbstverantwortung die Afrikaner gelehrt hat, nüchtern und sachlich zu denken. Die überwiegend in glänzendem Französisch vorgetragenen Argumente waren eine kühle, nur selten von Emotionen getragene Kritik an überholten Abhängigkeitsvorstellungen. Ohne zu verschweigen, daß in dem einen oder anderen Punkt der eine oder andere afrikanische Staat eigene Bedenken anzumelden hatte, war man doch mit einer gemeinsamen Konzeption nach Europa gekommen. Man wollte das bestehende Verhältnis erhalten und verbessern. Und man wollte noch mehr: eine Tür sollte offen gehalten werden für den Beitritt anderer afrikanischer Länder, etwa der des englischen Sprachbereichs, soweit sie bereit wären, sich der Ordnung des Assoziationsverhältnisses zu fügen. Ebenso wenig wie man den kalten Krieg nach Afrika tragen will, will man die Spaltung Westeuropas auf den Schwarzen Kontinent ausdehnen.

Mit Überraschung und Befriedigung konnten Teilnehmer an den Sitzungen und Pressekonferenzen erkennen, daß die Begriffe der Entwicklungs- und Regionalplanung beginnen, unlösbare Bestandteile der euro-afrikanischen Zusammenarbeit zu werden. So konnte es schon als eine Sensation eigener Art angesehen werden, als der Präsident der EWG-Kommission, Professor *Hallstein*, für die Erstellung von Aufbauplänen plädierte, weil man erkannt habe, daß punktuelle Entwicklungshilfe leicht zur Vergeudung der Mittel führen kann. Selbst der Versuch einer Ehrenrettung der freien Unternehmerwirtschaft durch die beschwörend vorgebrachte Erklärung: „Ich habe nicht von Planwirtschaft gesprochen!“ kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß man auch in Brüssel allmählich zugibt, was lange Zeit abgestritten wurde: daß nämlich nur über den Weg der regionalen Entwicklungsplanung sinnvolle und prio-

ritätsgerechte Entwicklungsbeiträge geleistet werden können.

Es kann nur positiv gewertet werden, daß die afrikanischen Länder ihrerseits heute keinen gesteigerten Wert mehr auf Einzelaktionen legen. Sie erwarten, daß Europa ihnen bei der Ausarbeitung langfristiger Strukturpläne, die auf einer detaillierten Tatsachenforschung basieren, hilft und ihnen dann bei der schrittweisen Durchführung zur Seite steht. Die Idee eines afro-madegassischen Entwicklungsinstituts ist die deutliche Institutionalisierung dieses Gedankens. Ja, man ist noch einen Schritt weitergegangen: Die Aufbaupläne sollen regionalen, zumindest grenzüberschneidenden Charakter tragen, um spätere Strukturänderungen, die wir ja heute in der EWG erleben, vermeidbar zu machen.

Der Wunsch, politisch über die eigenen Dinge entscheiden zu können, wird den meisten Gebieten heute erfüllt. Er führte zu der Erkenntnis, daß politische Freiheit ohne wirtschaftliche Selbständigkeit wertlos ist. Man sucht heute nach jeder Möglichkeit, die Voraussetzungen hierfür zu schaffen. Dazu gehört in erster Linie der *Aufbau einer Volksbildung als Grundlage beruflicher Leistungsfähigkeit*. In den Fällen, wo die Vertreter einzelner Länder ihre konkreten Wünsche darlegen, findet man heute keine repräsentativen Anlagen mehr: man verlangt Verkehrswege, Fernmeldeanlagen, vor allem aber Stätten der Berufsbildung und des Schulwesens. In diesem Rahmen gehört es wohl mit zu den interessantesten Verlautbarungen, daß der Ausschuß für Fragen der technischen Unterstützung und für kulturelle Zusammenarbeit in seinem Bericht vorschlägt, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß privates Kapital mit in die Entwicklungsleistung eingreift, doch wird ein wesentlicher Akzent gesetzt: „Insbesondere könnte man ins Auge fassen, die Abkommen zwischen den assoziierten Staaten und den ausländischen Unternehmen für die Ausführung von Arbeiten, die von der europäischen Gemeinschaft finanziert werden, mit einer Klausel über die Berufsausbildung und die weitere Ausbildung des leitenden Personals zu versehen.“

Außenhandel und Binnenmarkt gehören zusammen

Es konnte nicht ausbleiben, daß den Fragen der Handelsbeziehungen zwischen Afrika und der EWG ein bedeutender Raum gegeben wurde, ist doch ein Kennzeichen der wirtschaftlichen Lage der Überseeländer ihre hochgradige Exportabhängigkeit bei stark schwankenden Weltmarktpreisen. Neben einer Intensivierung des zwisdienstaatlichen Han-

dels verlangten die Afrikaner vor allem, daß innerstaatliche Maßnahmen in Europa abgebaut werden, die, wie gewisse Verbrauchssteuern, der Zollsenkung praktisch entgegenwirken. Einstimmigkeit herrschte auf beiden Seiten in der Anerkennung der Notwendigkeit, ein System der Preisstabilisierung für tropische Rohstoffe zu entwickeln, wobei man es für klüger hielt, auf gegenwärtige Spekulationsgewinne zu verzichten, um einen Partner für die Zukunft — Afrika — zu gewinnen.

Bekanntlich gehört ja die Beschränkung der afrikanischen Volkswirtschaft auf wenige Erzeugnisse und eine hochgradige Abhängigkeit von der Einfuhr von Fertigwaren zu den Gründen ihrer schwachen Stellung am Weltmarkt. Die Frage, die in Fachkreisen oft diskutiert wurde, ob man diesen Zustand durch die Sicherung gewisser Preise nicht zementieren würde, beantwortete der Text des Berichts seitens des Wirtschafts- und Handelsausschusses: „Diese Garantien und Stützungen müssen so erfolgen, daß den Handelsströmen der Mitgliedstaaten möglichst wenig Zwang angetan wird. Sie könnten *degressiv* sein, um die assoziierten Staaten auf den freien Zugang zu den Weltmärkten vorzubereiten, insbesondere in dem Maße, in dem die

die Überschußproduktion betreffenden Umstellungsprogramme verwirklicht werden.“

Dankenswerterweise wurde von deutscher Seite unter dem Beifall der Afrikaner darauf hingewiesen, daß die Intensivierung des Außenhandels allein eine Hebung des allgemeinen Wohlstandes nicht erzielen könne. Der Abgeordnete *Kalbitzer* sagte: „Die große Absatzreserve für Ihre künftige vermehrte Produktion muß in Ihren eigenen Ländern liegen. Das ist doch die Wohlfahrt Europas, daß die Massen bei uns große kaufkräftige Massen sind, die wirklichen Absatz und wirklichen Umsatz bedingen. Sie müssen sich also darauf konzentrieren — und dafür hat die Konferenz von Ouagadougou auch Vorschläge gemacht —, daß Sie Ihre eigene Wirtschaft entwickeln, um die Kaufkraft des eigenen Volkes zu erhöhen.“

Die Zahl einsichtiger, wirklichkeitsnaher Programmpunkte könnte noch beliebig vermehrt werden. Noch handelt es sich zwar nur um im Grunde unverbindliche Empfehlungen, und niemand weiß, wie sich die Regierungen in Afrika und Europa dazu stellen werden, aber eines ist sicher: Afrika, das neue Afrika, hat in Straßburg seine Visitenkarte abgegeben und den denkbar besten Eindruck hinterlassen.

Dr. Wolf Donner